Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2234

24. 10. 78

Sachgebiet 611

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 18. Juli 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ungarischen Volksrepublik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen

A. Zielsetzung

Bei wirtschaftlicher Betätigung über die nationalen Grenzen hinaus stellen Doppelbesteuerungen ein erhebliches Hindernis dar. Derartige steuerliche Hindernisse sollen zur Förderung und Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ungarischen Volksrepublik abgebaut werden.

B. Lösung

Das Abkommen vom 18. Juli 1977 enthält die hierfür erforderlichen Regelungen. Es ist nach Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes zustimmungsbedürftig. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der Gesetzgebungskörperschaften erlangen.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine wesentlichen Auswirkungen

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2 (Bad Godesberg), Telefon (0 22 21) 36 35 51

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (44) — 521 05 — Do 37/78

Bonn, den 23. Oktober 1978

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 18. Juli 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ungarischen Volksrepublik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen mit Begründung.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens in deutscher und ungarischer Sprache, ein zugehöriges Protokoll und eine Denkschrift zum Abkommen sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 463. Sitzung am 20. Oktober 1978 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Schmidt

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 18. Juli 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ungarischen Volksrepublik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Budapest am 18. Juli 1977 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ungarischen Volksrepublik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen und dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tag wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 29 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrats ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Aufkommen aus den vom Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zufließt.

Zu Artikel 2

Das Abkommen und das Protokoll hierzu sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 29 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Beseitigung der Doppelbesteuerung in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließen. Andererseits brauchen gewisse, zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bisher eingeräumte Ermäßigungen an deutschen Steuern nicht mehr oder nicht mehr in bisheriger Höhe gewährt zu werden, weil die Doppelbesteuerung nach dem Abkommen schon durch Steuerverzichte seitens der Ungarischen Volksrepublik beseitigt oder gemildert wird. Das sich daraus ergebende Mehr- oder Minderaufkommen wird haushaltswirtschaftlich nicht ins Gewicht fallen.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ungarischen Volksrepublik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen

Egyezmény a Németországi Szövetségi Köztársaság és a Magyar Népköztársaság között a kettős adóztatás elkerülésére a jövedelem-, a hozadéki és a vagyonadók területén

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Ungarische Volksrepublik —

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG der Schlußakte der Konferenz von Helsinki über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa —

VON DEM WUNSCH GELEITET, zwecks Entwicklung und Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen steuerliche Hemmnisse abzubauen, —

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen, die in einem der beiden Vertragsstaaten erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen oder Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder Vermögens oder vom Ertrag erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Steuern im Sinne dieses Abkommens sind

a) in der Bundesrepublik Deutschland:
 die Einkommensteuer,
 die Körperschaftsteuer,
 die Vermögensteuer,
 die Grundsteuer und
 die Gewerbesteuer;

b) in der Ungarischen Volksrepublik:
 die Einkommensteuern,
 die Gewinnsteuern,
 die betriebliche Sondersteuer,
 die Haussteuer,

A Németországi Szövetségi Köztársaság

és

a Magyar Népköztársaság

FIGYELEMBE VÉVE a Helsinki Európai Biztonsági és Együttmüködési Konferencia Záróokmányát,

ATTÓL AZ ÓHAJTÓL VEZETVE, hogy gazdasági kapcsolataik fejlesztése és könnyítése céljából az adóügyi akadályokat kiküszöböljék,

A KÖVETKEZŐKBEN ÁLLAPODTAK MEG:

1. cikk

Személyi hatály

Az Egyezmény azokra a személyekre terjed ki, akik az egyik Szerződő Államban vagy mindkét Szerződő Államban illetőséggel bírnak.

2. cikk

Az Egyezmény alá eső adók

(1) Az Egyezmény, a beszedés módjára való tekintet nélkül, azokra az adókra terjed ki, amelyeket a jövedelem, a hozadék és a vagyon után a Szerződő Államok egyikében beszednek.

(2) Jövedelem-,hozadéki és vagyonadóknak tekintendők mindazok az adók, amelyeket a teljes jövedelem, a teljes vagyon, vagy a jövedelem vagy a vagyon részei vagy a hozadék után szednek be, ideértve az ingó vagy ingatlan vagyon elidegenítéséből származó nyereség utáni adókat, a bérösszegadókat valamint a vagyonnövekmény utáni adókat is.

(3) Az Egyezmény értelmében adóknak tekintendők

a) a Németországi Szövetségi Köztársaságban:
 a jövedelemadó,
 a társulati adó,
 a vagyonadó,
 a föld- és telekadó,
 az ipari adó;

b) a Magyar Népköztársaságban:
 a jövedelemadók,
 a nyereségadók,
 a vállalati különadó,
 a házadó,

die Hauswertsteuer,

die Grundsteuer,

der Beitrag zur Förderung des Wachstums der Gemeinden,

die Gebühr für die Dividenden- und Gewinnauszahlungen der Handelsgesellschaften.

(4) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die nach seiner Unterzeichnung neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden.

Artikel 3

Allgemeine Definitionen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat" und „der andere Vertragsstaat", je nach dem Zusammenhang, die Bundesrepublik Deutschland oder die Ungarische Volksrepublik und, wenn für Zwecke dieses Abkommens im geographischen Sinne verwendet, das Gebiet, in dem das Steuerrecht des betreffenden Staates gilt;

b) umfaßt der Ausdruck „Person" natürliche Personen und Gesellschaften;

c) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft" juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;

d) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats" und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

e) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde" auf seiten der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen und auf seiten der Ungarischen Volksrepublik den Finanzminister.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand dieses Abkommens sind.

Artikel 4

Steuerlicher Wohnsitz

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

a) Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat.

b) Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.

a házértékadó,

a föld- és telekadó,

a községfejlesztési hozzájárulás,

a kereskedelmi társaságok osztalék és nyereség kifizetései utáni illeték.

(4) Az Egyezmény érvényes minden olyan azonos vagy hasonló jellegü adóra is, amelyet az Egyezmény aláírása után a jelenleg létező adók mellett vagy azok helyett szednek be.

3. cikk

Általános meghatározások

(1) Az Egyezmény értelmében, ha az összefüggés mást nem kíván:

a) "az egyik Szerződő Állam" és "a másik Szerződő Állam" kifejezés, az összefüggésnek megfelelően, a Németországi Szövetségi Köztársaságot vagy a Magyar Népköztársaságot jelenti, és ha ennek az Egyezménynek céljaira földrajzi értelemben használják, azt a területet, ahol az illető állam adójoga érvényes;

b) a "személy" kifejezés magában foglalja a természetes személyeket és a társaságokat;

c) a "társaság" kifejezés jelenti a jogi személyeket, vagy azokat a jogalanyokat, amelyeket az adóztatás szempontjából jogi személyként kezelnek;

d) az "egyik Szerződő Állam vállalkozása" és a "másik Szerződő Állam vállalkozása" kifejezés az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy, illetőleg a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy által folytatott vállalkozást jelent;

e) az "illetékes hatóság" kifejezés a Németországi Szövetségi Köztársaság részéről a szövetségi pénzügyminisztert, a Magyar Népköztársaság részéről a pénzügyminisztert jelenti.

(2) Az Egyezménynek az egyik Szerződő Állam által történő alkalmazásánál, ha a szövegösszefüggés mást nem kíván, bármely, másképpen meg nem határozott kifejezésnek olyan értelme van, mint amilyent arra nézve ennek az államnak az Egyezmény által érintett adókra vonatkozó joga megállapít.

4. cikk

Lakóhely az adó szempontjából

(1) Az Egyezmény értelmében az "egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy" kifejezés olyan személyt jelent, aki ennek az államnak a joga szerint ott, lakóhelye, állandó tartózkodási helye, üzletvezetésének helye vagy más hasonló ismérv alapján, adóköteles.

(2) Amennyiben egy természetes személy az (1) bekezdés szerint mindkét Szerződő Államban illetőséggel bír, a következők érvényesek:

a) A személy abban a Szerződő Államban tekintendő illetőséggel bírónak, amelyben állandó lakóhellyel rendelkezik. Ha mindkét Szerződő Államban rendelkezik állandó lakóhellyel, úgy abban a Szerződő Államban tekintendő illetőséggel bírónak, amelyben létérdekeinek központja van.

b) Amennyiben nem határozható meg, hogy a személy létérdekeinek központja melyik Szerződő Államban van, vagy a Szerződő Államok egyikében sem rendelkezik állandó lakóhellyel, úgy abban a Szerződő Államban tekintendő illetőséggel bírónak, amelyben szokásos tartózkodási helye van.

c) Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person nach den Buchstaben a und b als ansässig gilt, so werden die Vertragsstaaten gemäß Artikel 25 vorgehen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

Betriebstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebstätte" eine feste Einrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebstätte" umfaßt insbesondere:

a) einen Ort der Leitung,

b) eine Zweigniederlassung,

c) eine Geschäftsstelle,

d) eine Fabrikationsstätte,

e) eine Werkstätte,

f) ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,

g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

(3) Als Betriebstätten gelten nicht:

a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;

b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;

c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;

d) eine feste Einrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;

e) eine feste Einrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Ist eine Person — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 — in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaats wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine

c) Amennyiben az a) és b) pontok alapján nem határozható meg, hogy a személy melyik Szerződő Államban tekintendő illetőséggel bírónak, a Szerződő Államol a 25. cikk szerint járnak el.

(3) Amennyiben más, mint egy természetes személy az (1) bekezdés szerint mindkét Szerződő Államban illetőséggel bír, abban a Szerződő Államban tekintendő illetőséggel bírónak, amelyben tényleges üzletvezetésének helye van.

5. cikk

Telephely

(1) Az Egyzemény értelmében a "telephely" kifejezés állandó berendezést jelent, amelyben a vállalkozás tevékenységét egészben vagy részben kifejti.

(2) A "telephely" kifejezés magában foglalja különösen:

a) a vezetés helyét,

b) a fiókot,

c) az irodát,

d) a gyártelepet,

e) a mühelyt,

f) a bányát, a kőfejtőt vagy a föld kincseinek kiaknázására szolgálo más telepet,

g) az olyan építési kivitelezést vagy szerelést, amelynek időtartama 12 hónapot meghalad.

(3) Nem tekintendők telephelynek:

a) azok a berendezések, amelyeket kizárólag a vállalkozás javainak vagy áruinak raktározására, kiállítására vagy kiszolgáltatására használnak;

b) a vállalkozás javainak vagy áruinak olyan készletei, amelyeket kizárólag raktározás, kiállítás vagy kiszolgáltatás céljából tartanak;

c) a vállalkozás javainak vagy áruinak olyan készletei, amelyeket kizárólag abból a célból tartanak, hogy azokat egy másik vállalkozás megmunkálja vagy feldolgozza;

d) az állandó berendezés, amelyet kizárólag abból a célból tartanak fenn, hogy a vállalkozás részére javakat vagy árukat vásároljanak vagy információkat szerezzenek;

e) az állandó berendezés, amelyet kizárólag abból a célból tartanak fenn, hogy a vállalkozást reklámozzák, információkat adjanak, tudományos kutatást végezzenek vagy hasonló tevékenységet folytassanak, amely előkészítő vagy kisegítő jellegü.

(4) Amennyiben egy személy — kivéve az (5) bekezdés értelmében a független képviselőt — az egyik Szerződő Államban a másik Szerződő Állam vállalkozása érdekében tevékenykedik, úgy az előbb említett államban akkor adott a telephely, ha a személynek meghatalmazása van a vállalkozás nevében szerződéseket kötni és meghatalmazásával ebben az államban rendszeresen él, kivéve, ha tevékenysége javaknak vagy áruknak a vállalkozás részére való vételére korlátozódik.

(5) Az egyik Szerződő Állam vállalkozását nem lehet úgy tekinteni, mintha annak a másik Szerződő Államban telephelye volna, csupán azért, mert tevékenységét ott alkusz, bizományos vagy más független képviselő útján fejti ki, amennyiben ezek a személyek rendes üzleti tevékenységük keretében járnak el.

6) Egyedül azáltal, hogy az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró társaság egy olyan társaságot ural vagy azt egy olyan társaság uralja, amely a másik Szerződő Államban illetőséggel bír, vagy ott

Betriebstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebstätte der anderen.

(akár telephely úthán, akár más módon) fejti ki tevékenységét, a két társaság egyike sem lesz a másik telephelye.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen dürfen in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen" bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaats, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf die die Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für die Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufs dient.

6. cikk

Ingatlan vagyonból származó jövedelem

(1) Ingatlan vagyonból származó jövedelem abban a Szerződő Államban adóztatható, amelyben ez a vagyon fekszik.

(2) Az "ingatlan vagyon" kifejezést annak a Szerződő Államnak a joga szerint kell meghatározni, amelyben a vagyon fekszik. A kifejezés minden esetben magában foglalja az ingatlan vagyon tartozékát, a mező- és erdőgazdasági üzemek élő és holt felszerelését, azokat a jogokat, amelyekre a földterületekre vonatkozó polgári jogi előírások nyernek alkalmazást, az ingatlan vagyon használati jogát, valamint az ásványlelőhelyeknek, forrásoknak és a föld más kincseinek kiaknázásáért vagy kiaknázásának jogáert járo változó vagy állandó térítésekre vonatkozó jogokat; hajók és légijármüvek nem tekintendők ingatlan vagyonnak.

(3 Az (1) bekezdés az ingatlan vagyon közvetlen használatából, bérbe adásából vagy haszonbérbe adásából, valamint a használat minden más fajtájából származó jövedelemre érvényes.

(4) Az (1) és (3) bekezdés a vállalkozás ingatlan vagyonából származó jövedelmére és a szabad foglalkozás gyakorlására szolgáló ingatlan vagyonból származó jövedelemre is érvényes.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so sind in jedem Vertragsstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(5) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

7. cikk

Vállalkozósi nyereség

(1) Az egyik Szerződő Állam vállalkozásának nyeresége csak ebben az államban adóztatható, kivévé, ha a vállalkozás tevékenységét a másik Szerződő Államban egy ott levő telephely útján fejti ki. Amennyiben a vállalkozás íly módon fejti ki tevékenységét, úgy a vállalkozás nyeresége a másik államban adóztatható, azonban csak olyan mértékben, amilyen mértékben az ennek a telephelynek tudható be.

(2) Ha az egyik Szerződő Állam vállalkozása tevékenységét a másik Szerződő Államban egy ott levő telephely útján fejti ki, úgy ennek a telephelynek mindegyik Szerződő Államban azokat a nyereségeket kell betudni, amelyeket akkor érhetett volna el, ha azonos vagy hasonló tevékenységet, azonos vagy hasonló feltételek mellett mint önálló vállalkozás fejtett volna ki és azzal a vállalkozással lebonyolított forgalmában, amelynek telephelye, teljesen független lett volna.

(3) A telephely nyereségének megállapításánál az e telephely miatt felmerült költségek, beleértve az üzletvezetési és általános ügyviteli költségeket, levonhatók, tekintet nélkül arra, hogy abban az államban merültek-e fel, ahol a telephely fekszik, vagy máshol.

(4) Javaknak és áruknak a vállalkozás részére történő puszta vásárlása alapján a telephelynek nem számítható be nyereség.

(5) Amennyiben a nyereségekhez olyan jövedelem tartozik, amellyel az Egyezmény más cikkei foglalkoznak, úgy azoknak a cikkeknek rendelkezéseit a jelen cikk rendelkezései nem érintik.

Artikel 8

Schiff- und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschiffahrt dienen, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschiffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person, die das Schiff betreibt, ansässig ist.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für Beteiligungen eines Unternehmens der Schiff- oder Luftfahrt an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einem anderen internationalen Betriebszusammenschluß, unabhängig davon, ob der Verkehr mit eigenen oder gecharterten Fahrzeugen durchgeführt wird.

8. cikk

Hajózás és légiforgalom

(1) Az a nyereség, amely tengeri hajóknak vagy légijárműveknek a nemzetközi forgalomban való üzemeltetéséből származik, csak abban a Szerződő Államban adóztatható, amelyikben a vállalkozás tényleges üzletvezetésének helye van.

(2) Az a nyereség, amely belvízi hajózás lebonyolítására szolgáló hajók üzemeltetéséből származik, csak abban a Szerződő Államban adóztatható, amelyikben a vállalkozás tényleges üzletvezetésének helye van.

(3) Ha egy belvízi vagy tengerhajózási vállalkozás tényleges üzletvezetésének helye egy hajó fedélzetén van, e hely abban a Szerződő Államban lévőnek tekintendő, amelyikben e hajó hazai kikötője fekszik, vagy, hazai kikötő hiányában, abban a Szerződő Államban, amelyikben a hajó üzemben tartója illetőséggel bír.

(4) Az előző három bekezdés értelemszerűen érvényes hajózási vagy légiforgalmi vállalkozások poolban, közös üzemeltetésben vagy egyéb nemzetközi üzemeltetésü szervezetben való részvételére is, függetlenül attól, hogy a forgalmat saját vagy bérelt jármüvekkel bonyolítják le.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

Wenn

a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist, oder

b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind,

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

9. cikk

Kapcsolt vállalkozások

Amennyiben

a) az egyik Szerződő Állam vállalkozása közvetlenül vagy közvetve a másik Szerződő Állam vállalkozásának üzletvezetésében, ellenőrzésében vagy tőkéjében részesedik, vagy

b) ugyanazok a személyek közvetlenül vagy közvetve az egyik Szerződő Állam vállalkozásának és a másik Szerződő Állam vállalkozásának üzletvezetésében, ellenörzésében vagy tőkéjében részesednek

és ezekben az esetekben a két vállalkozás egymás között kereskedelmi vagy pénzügyi kapcsolataikra tekintettel olyan feltételekben állapodnak meg, vagy olyan feltételeket szabnak, amelyek eltérnek azoktól, amelyekben független vállalkozások egymással megállapodnának, úgy az a nyereség, amelyet a vállalkozások egyike e feltételek nélkül elért volna, e feltételek miatt azonban nem ért el, ennek a vállalkozásnak a nyereségéhez hozzászámítható és megfelelően megadóztatható.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber nicht übersteigen:

a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Empfänger eine Gesellschaft ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;

b) 25 vom Hundert der Einnahmen eines stillen Gesellschafters im Sinne des Absatzes 4;

10. cikk

Osztalék

(1) Az osztalék, amelyet az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró társaság a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró társaság a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró személynek fizet, a másik államban adóztatható.

(2) Ez az osztalék mindamellett abban a Szerződő Államban is, amelyben az osztalékot fizető társaság illetőséggel bír, ennek az államnak a joga szerint megadóztatható; az adó azonban nem haladhatja meg:

a) az osztalék bruttó összegének 5 %-át, ha a jogosult egy olyan társaság, amely az osztalékot fizető társaság tőkéjének legalább 25 %-ával közvetlenül rendelkezik;

b) a csendestárs (4) bekezdés szerinti bevételének 25 %-át;

c) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

(3) Solange in einem Vertragsstaat der Satz der Steuer vom Gewinn einer Gesellschaft für den ausgeschütteten Gewinn niedriger ist als der Satz der Steuer für den nichtausgeschütteten Gewinn und der Unterschied 20 Vom-Hundert-Punkte oder mehr beträgt, darf abweichend von Absatz 2 die Steuer, die in diesem Staat von den Dividenden erhoben wird, 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden betragen, wenn die Dividenden von einer in diesem Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft stammen und von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft bezogen werden, der entweder selbst oder zusammen mit anderen Personen, von denen sie beherrscht wird oder die mit ihr gemeinsam beherrscht werden, unmittelbar oder mittelbar mindestens 25 vom Hundert der stimmberechtigten Anteile der in dem erstgenannten Staat ansässigen Gesellschaft gehören.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden" bedeutet Einnahmen aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen oder anderen Rechten mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einnahmen, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einnahmen aus Aktien gleichgestellt sind, einschließlich der Einnahmen aus Beteiligungen an einem Unternehmen als stiller Gesellschafter, aus Gewinnobligationen oder aus partiarischen Darlehen sowie der Ausschüttungen auf die Anteilscheine von Kapitalanlagegesellschaften (Investmentfonds).

(5) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Betriebstätte hat und die Beteiligung, für welche die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, die die Gesellschaft an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen nur in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen" bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Schuldverschreibungen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebstätte hat und die Forderungen, für welche die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

c) az osztalék bruttó összegének 15 %-át minden egyéb esetben.

(3) Amennyiben az egyik Szerződő Államban a társasági nyereség adójának tétele a felosztott nyereségekre alacsonyabb, mint a fel nem osztott nyereségekre és a különbség 20 vagy annál több százalékpont, az adó, amelyet ebben az államban az osztalék után beszednek, a (2) bekezdéstől eltérően az osztalék bruttó összegének 15 %-a lehet. Ennek az is feltétele, hogy az osztalék ebben a Szerződő Államban illetőséggel bíró társaságtól származzon és élvezője a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró olyan társaság legyen, amelynek — egyedül vagy más, ez utóbbi társaságot uraló vagy e társaság által uralt személyekkel együtt — az elsőként említett államban illetőséggel bíró társaságban a szavazatra jogosító érdekeltsége közvetlenül vagy közvetve legalább 25 %-os.

(4) A jelen cikkben használt "osztalék" kifejezés részvényekből, élvezeti részvényekből vagy élvezeti jegyekből, bányarészjegyekből vagy nyereségrészesedést biztosító más jogokból származó jövedelmet, valamint egyéb társasági érdekeltségből származó olyan jövedelmet jelent, amely annak az államnak az adójoga szerint, amelyben a nyereséget felosztó társaság illetőséggel bír, a részvényekből származó jövedelemmel azonos elbírálás alá esik. Ide értendők a valamely vállalkozásban csendes társként való érdekeltségből, a nyereménykötvényekből vagy nyereségrészesedéses kölcsönből származó jövedelmek, továbbá a felosztások a beruházási társaságok (Investmentfonds) részjegyeire.

(5) Az (1), (2) és (3) bekezdés nem alkalmazandó, ha az osztalék egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró kedvezményezettjének a másik Szerződő Államban, amelyben az osztalékot fizető társaság illetőséggel bír, telephelye van és az érdekeltség, amely után az osztalékot fizetik, ténylegesen ehhez a telephelyhez tartozik. Ebben az esetben a 7. cikket kell alkalmazni.

(6) Ha az egyik Szerződő Államban illetőséggel biró társaság nyereséget vagy jövedelmet élvez a másik Szerződő Államból, úgy ez a másik állam nem adóztathatja meg sem az osztalékot, amelyet a társaság nem ebben a másik államban illetőséggel bíró személynek fizet, sem a társaság nyereségét nem vetheti a fel nem osztott nyereség adóha alá, még akkor sem, ha a kifizetett osztalék vagy a fel nem osztott nyereség egészben vagy részben a másik államban elért nyereségből vagy jövedelemből áll.

11. cikk

Kamat

(1) A kamat, amely az egyik Szerződő Államból származik és amelyet a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró személynek fizetnek, csak a másik államban adóztatható.

(2) Az ebben a cikkben használt "kamat" kifejezés állami kölcsönökből, kötvényekből, még akkor is, ha azok a földterületre bejegyzett jelzálogjoggal vannak biztosítva és mindenfajta követelésből származó jövedelmet, valamint minden más jövedelmet jelent, amely annak az államnak az adójoga szerint, amelyből származik, a kölcsönből származó jövedelemmel azonos elbírálás alá esik.

(3) Az (1) bekezdés nem alkalmazandó, ha a kamat egyik Szerződő Államban illetőséggel biró kedvezményezettjének a másik Szerződő Államban, amelyből a kamat származik, telephelye van és a követelés, amely után a kamatot fizetik, ténylegesen ehhez a telephelyhez tartozik. Ebben az esetben a 7. cikket kell alkalmazni.

(4) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebstätte eingegangen und trägt die Betriebstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebstätte liegt.

(5) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen nur in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken einschließlich Filmen oder Bandaufnahmen, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für welche die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebstätte eingegangen und trägt die Betriebstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebstätte liegt.

(5) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

(4) A kamat akkor tekintendő az egyik Szerződő Államból származónak, ha az adós maga ez az állam vagy egyik tartománya vagy ezek egyik területi köztestülete vagy valamely ebben az államban illetőséggel bíró személy. Ha azonban a kamat adósának, függetlenül attól, hogy a Szerződő Államol egyikében illetőséggel bír-e, az egyik Szerződő Államban telephelye van, és az adósság, ami után a kamatot fizetik, a telephely céljaira keletkezett és a kamatot a telephely viseli, a kamat abból a Szerződő Államból származónak tekintendő, amelyikben a telephely van.

(5) Ha az adós és a hitelező, vagy mindegyikük és egy harmadik személy között különleges kapcsolatok állnak fenn és ezért a fizetett kamat az alapjául szolgáló követeléshez mérten meghaladja azt az összeget, amelyben az adós és a hitelező e kapcsolatok nélkül megállapodott volna, úgy ezt a cikket csak ez utóbbi összegre kell alkalmazni. Ebben az esetben a többletösszeg mindegyik Szerződő Állam joga szerint és az Egyezmény más rendelkezéseinek figyelembevételével adóztatható.

12. cikk

Licencdíj

(1) A licencdíj, amely az egyik Szerződő Államból származik és amelyet a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró személynek fizetnek, csak a másik államban adóztatható.

(2) Az ebben a cikkben használt "licencdíj" kifejezés azt a bármilyen jellegü térítést jelenti, amelyet irodalmi, müvészeti vagy tudományos müvek, beleértve a filmeket vagy mágnesszalagos felvételeket, szerzői jogának, szabadalmak, védjegyek, minták vagy modellek, tervek, titkos formulák vagy eljárások használatáért vagy használati jogáért, vagy ipari, kereskedelmi vagy tudományos felszerelések használatáért vagy használati jogáért, vagy ipari, kereskedelmi vagy tudományos tapasztalatok közléséért fizetnek.

(3) Az (1) bekezdés nem alkalmazandó, ha a licendíj egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró kedvezményezettjének a másik Szerződő Államban, amelyből a licencdíj származik, telephelye van és a jogok vagy vagyoni értékek, amelyekért a licencdíjat fizetik, ténylegesen ehhez a telephelyhez tartoznak. Ebben az esetben a 7. cikket kell alkalmazni.

(4) A licencdíj akkor tekintendő az egyik Szerződő Államból származónak, ha az adós maga es az állam vagy egyik tartománya, vagy ezek egyik területi köztestülete vagy valamely ebben az államban illetőséggel bíró személy. Ha azonban a licencdíj adósának, függetlenül attól, hogy a Szerződő Államok egyikében illetőséggel bír-e, az egyik Szerződő Államban telephelye van, és a licencdíj fizetési kötelezettség a telephely céljaira keletkezett és a licencdíjat a telephely viseli, a licencdíj abból a Szerződő Államból származónak tekintendő, ahol a telephely van.

(5) Ha az adós és a hitelező, vagy mindegyikük és harmadik személy között különleges kapcsolatok állnak fenn és ezért a fizetett licencdíj a nyújtott szolgáltatáshoz mérten meghaladja azt az öszszeget, amelyben az adós és a hitelező e kapcsolatok nélkül megállapodott volna, úgy ezt a cikket csak ez utóbbi összegre kell alkalmazni. Ebben az esetben a többletösszeg mindegyik Szerződő Állam joga szerint és az Egyezmény más rendelkezéseinek figyelembevételével adóztatható.

Artikel 13

Veräußerungsgewinne

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 dürfen in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufs in dem anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden. Jedoch dürfen Gewinne aus der Veräußerung des in Artikel 22 Absatz 3 genannten beweglichen Vermögens nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses bewegliche Vermögen nach dem angeführten Artikel besteuert werden darf.

(3) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 und 2 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

13. cikk

Elidegenítésből származó nyereség

(1) A 6. cikk (2) bekezdéseben meghatározott ingatlan vagyon elidegenítéséből származó nyereség abban a Szerződő Államban adóztatható, amelyben ez a vagyon fekszik.

(2) Az olyan ingó vagyon elidegenítéséből származó nyereség, amely az egyik Szerződő Állam vállalkozása másik Szerződő Államban lévő telephelyének üzemi vagyona, vagy amely egy olyan állandó berendezéshez tartozik, amellyel az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy szabad foglalkozás kifejtése céljából a másik Szerződő Államban rendelkezik, beleértve az olyan nyereséget, amelyet egy ilyen telephelynek (egyedül vagy az egész vállalkozással együtt történő) elidegenítésével vagy egy ilyen állandó berendezésnek az elidegenítésével elérnek, a másik államban adóztatható. A 22. cikk (3) bekezdésében említett ingó vagyon elidegenítéséből származó nyereség azonban csak abban a Szerződő Államban adóztatható, amelyben ez az ingó vagyon a hivatkozott cikk szerint adóztatható.

(3) Az (1) és (2) bekezdésben nem említett vagyon elidegenítéséből származó nyereség csak abban a Szerződő Államban adóztatható, amelyben az elidegenítő illetőséggel bír.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so dürfen die Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf" umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten und Zahnärzte.

14. cikk

Szabad foglalkozás

(1) Az olyan jövedelem, amelyet az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy szabad foglalkozásból, vagy más hasonló jellegü önálló tevékenységből élvez, csak ebben az államban adóztatható, kivéve, ha a személy tevékenységének kifejtéséhez a másik Szerződő Államban rendszeresen állandó berendezéssel rendelkezik. Amennyiben a személy ilyen állandó berendezéssel rendelkezik, úgy a jövedelem a másik államban adóztatható, azonban csak annyiban, amennyiben az ennek az állandó berendezésnek tudható be.

(2) A "szabad foglalkozás" kifejezés magában foglaja különösen az önállóan kifejtett tudományos, irodalmi, müvészeti, nevelési vagy oktatási tevékenységet, valamint az orvosok, ügyvédek, mérnökök, építészek és fogorvosok önálló tevékenységét.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16 bis 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person für die in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Tätigkeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

a) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahrs aufhält,

b) die Vergütungen von einer Person oder für eine Person gezahlt werden, die nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und

15. cikk

Nem önálló munka

(1) A 16., 17., 18., 19. és 20. cikkek fenntartásával a fizetés, a bér és más hasonló térítés, amelyet az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró természetes személy nem önálló munkáért kap, csak ebben az államban adóztatható, kivéve, ha a munkát a másik államban végzik. Amennyiben a munkát ott végzik, úgy az ezért kapott térítés a másik államban adóztatható.

(2) Tekintet nélkül az (1) bekezdésre, az a térítés, amelyet az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró természetes személy a másik Szerződő Államban végzett nem önálló munkáért kap, csak az először említett államban adóztatható, ha

a) a kedvezményezett a másik államban a vonatkozó naptári évben összesen nem tartózkodik hosszabb ideig, mint 183 nap, és

b) a térítést olyan személy fizeti vagy olyan személy nevében fizetik, aki nem bír illetőséggel a másik államban, és

c) die Vergütungen nicht von einer Betriebstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, welche die Person, die die Vergütungen zahlt, in dem anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr oder an Bord eines Schiffes, das der Binnenschiffahrt dient, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

c) a térítést nem az azt fizető személynek a másik államban lévő telephelye vagy állandó berendezése viseli.

(3) Tekintet nélkül ennek a cikknek előbbi rendelkezéseire, a nemzetközi forgalomban üzemeltetett tengeri hajó, légijármü vagy belvízi hajózás elbonyolítására szolgáló hajó fedélzetén végzett nem önálló munkáért járó térítés abban a Szerződő Államban adóztatható, amelyben a vállalkozás tényleges üzletvezetésének helye van.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen in dem anderen Staat besteuert werden.

16. cikk

Felügyelőbizottsági és igazgatótanásci térítés

A felügyelőbizottsági vagy igazgatótanácsi térités és hasonló fizetés, amelyet az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy olyan minőségében élvez, mint a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró társaság felügyelőbizottságának vagy igazgatótanácsának a tagja, a másik államban adóztatható.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 dürfen Einkünfte, die berufsmäßige Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker, sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.

(2) Erbringt ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat die Darbietungen eines in Absatz 1 erwähnten berufsmäßigen Künstlers oder Sportlers, so dürfen die Gewinne dieses Unternehmens aus dem Erbringen dieser Darbietungen ungeachtet anderer Bestimmungen dieses Abkommens in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn der auftretende berufsmäßige Künstler oder Sportler das Unternehmen unmittelbar oder mittelbar beherrscht.

(3) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 dürfen die dort genannten Einkünfte in dem Staat, in dem die Tätigkeit des Künstlers oder Sportlers ausgeübt wird, nicht besteuert werden, wenn der Auftritt wesentlich aus öffentlichen Mitteln dieses oder des anderen Vertragsstaats gefördert wird oder im Rahmen des von den Vertragsstaaten vereinbarten Kulturaustausches erfolgt.

17. cikk

Müvészek és sportolók

(1) Tekintet nélkül a 7., 14. és 15. cikkekre, az olyan jövedelem, amelyet az előadómüvészek, mint színpadi, film-, rádió vagy televíziós müvészek és a zenemüvészek, valamint a sportolók élveznek ilyen minőségükben kifejtett személyes tevékenységükből, abban a Szerződő Államban adóztatható, amelyben ezt a tevékenységet kifejtik.

(2) Amennyiben az egyik Szerződő Állam egy vállalkozása a másik Szerződő Államban az (1) bekezdésben említett előadómüvészt vagy sportolót lépteti fel, ennek a vállalkozásnak ebből a fellépésből származó nyeresége — függetlenül ennek az Egyezménynek más rendelkezéseitől — a másik Szerződő Államban adóztatható, ha a fellépő előadómüvész vagy sportoló a vállalatot közvetlenül vagy közvetve uralja.

(3) Az (1) és (2) bekezdéstől eltérően az ott megjelölt jövedelem nem adóztatható abban az államban, amelyben a müvészi vagy sporttevékenységet kifejtik, ha a fellépést az egyik vagy másik Szerződő Állam költségvetési eszközeiből lényegesen támogatják vagy a fellépésre a Szerződő Államok közötti kultúrcsere-megállapodás keretében kerül sor.

Artikel 18

Ausübung öffentlicher Funktionen

(1) Vergütungen, einschließlich der Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft in Ausübung öffentlicher Funktionen erbrachten Dienste gewährt werden, dürfen in diesem Staat besteuert werden. Dies gilt jedoch nicht, wenn die Vergütungen an Personen gezahlt werden, die in dem anderen Staat ständig ansässig sind.

(2) Auf Vergütungen oder Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit eines der Vertragsstaaten oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, finden die Artikel 15, 16 und 19 Anwendung.

18. cikk

Közszolgálat

(1) A térítés, beleértve a nyugdíjat, amelyet az egyik Szerződő Állam vagy annak egyik területi köztestülete közvetlenül fizet, vagy ezen állam vagy a területi köztestület által létesített külön alapból fizetnak egy természetes személynek ennek az államnak vagy a területi köztestületnek közszolgálatban teljesített szolgálatért, ebben az államban adóztatható. Ez azonban nem érvényes, ha a térítést a másik államban állandó illetőséggel bíró személynek fizetik.

(2) A Szerződő Államok egyikének vagy egyik területi köztestületének kereskedelmi vagy ipari tevékenységével kapcsolatban teljesített szolgálatért járó térítésre és nyugdijra a 15., 16. és 19. cikkek alkalmazandók.

Artikel 19

Ruhegehälter

Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 1 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

19. cikk

Nyugdíj

A 18. cikk (1) bekezdésének fenntartásával a nyugdíj és hasonló térítés, amelyet az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személynek korábbi, nem önálló munkáért fizetnek, csak ebben az államban adóztatható.

Artikel 20

Lehrer, Studenten und andere in der Ausbildung stehende Personen

(1) Eine natürliche Person, die in einem Vertragsstaat ansässig ist oder, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begab, in dem erstgenannten Staat ansässig war und die sich für höchstens zwei Jahre zwecks fortgeschrittener Studien oder Forschungsarbeiten oder zwecks Ausübung einer Lehrtätigkeit an einer anerkannten Universität, Hochschule oder anderen ähnlichen nicht auf Gewinnerzielung gerichteten Anstalt in dem anderen Vertragsstaat aufhält, ist in diesem Staat mit ihren Vergütungen, die sie für diese Arbeit aus dem Ausland bezieht, von der Steuer befreit.

(2) Eine natürliche Person, die in einem Vertragsstaat ansässig ist oder, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begab, in dem erstgenannten Staat ansässig war und die sich in dem anderen Vertragsstaat lediglich als Student, als Lehrling oder als Empfänger eines Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums vornehmlich zum Studium oder zu Forschungsarbeiten für höchstens 2 Jahre aufhält, ist in diesem Staat mit den für ihren Unterhalt, ihr Studium oder ihre Ausbildung bestimmten Zahlungen von der Steuer befreit.

20. cikk

Oktatók, egyetemi, főiskolai hallgatók és kiképzés alatt álló egyéb személyek

(1) Az a természetes személy, aki az egyik Szerződő Államban illetőséggel bír, vagy közvetlenül azelőtt, hogy a másik Szerződő Államba ment, az elsőként említett államban illetőséggel bírt és a másik Szerződő Államban egy elismert egyetemen, főiskolán vagy valamely más hasonló, nem nyereségszerzést célzó intézménynél való továbbtanulási, kutatási vagy oktatási tevékenység céljából legfeljebb két évig tartózkodik, ebben az államban adómentes az olyan jövedelme tekintetében, amelyet ezért a tevékenységéért külföldről élvez.

(2) Az a természetes személy, aki az egyik Szerződő Államban illetőséggel bír, vagy közvetlenül azelőtt, hogy a másik Szerződő Államba ment, az elsőként említett államban illetőséggel bírt és a másik Szerződő Államban csupán mint egyetemi, főiskolai hallgató vagy szakmát tanuló, vagy mint támogatás, juttatás vagy ösztöndíj élvezője főleg tanulmányi vagy kutatási célból legfeljebb két évig tartózkodik, ebben az államban adómentes a tartását, tanulmányait vagy kiképzését célzó kifizetések tekintetében.

Artikel 21

Nicht ausdrücklich erwähnte Einkünfte

Die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnten Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

21. cikk

Kifejezetten nem említett jövedelem

Az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személynek az előző cikkekben kifejezetten nem említett jövedelme csak ebben az államban adóztatható.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 darf in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung gehört, darf in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr und Schiffe, die der Binnenschiffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

22. cikk

Vagyon

(1) A 6. cikk (2) bekezdésében meghatározott ingatlan vagyon abban a Szerződő Államban adóztatható, amelyben ez a vagyon fekszik.

(2) Az az ingó vagyon, amely egy vállalkozás telephelyének üzemi vagyona vagy szabad foglalkozás gyakorlására szolgáló állandó berendezéshez tartozik, abban a Szerződő Államban adóztatható, amelyben a telephely vagy az állandó berendezés van.

(3) A nemzetközi forgalomban üzemeltetett tengeri hajók és légijárművek, a belvízi hajózás lebonyolítását szolgáló hajók, valamint az az ingó vagyon, amely ezeknek a hajóknak és légijárműveknek üzemeltetésére szolgál, csak abban a Szerződő Államban adóztatható, amelyben a vállalkozás tényleges üzletvezetésének helye van.

(4) Az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy minden más vagyonrésze csak ebben az államban adóztatható.

Artikel 23

Beseitigung der Doppelbesteuerung

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist, werden die Einkünfte und die Vermögenswerte, die nach diesem

23. cikk

Kettős adóztatás kiküszöbölése

(1) A Németországi Szövetségi Köztársaságban illetőséggel bíró személyeknél az adót a következőképpen állapítják meg:

a) Amennyiben nem a b) pontot kell alkalmazni, azt a jövedelmet és vagyoni értéket, amely az Egyezmény

Abkommen in der Ungarischen Volksrepublik besteuert werden dürfen, von der Bemessungsgrundlage für die Steuer der Bundesrepublik Deutschland ausgenommen. Die Bundesrepublik Deutschland wird jedoch die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Ermittlung des Steuersatzes für die übrigen Einkünfte oder das übrige Vermögen berücksichtigen. Auf Dividenden ist Satz 1 nur anzuwenden, wenn die Dividenden einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft von einer in der Ungarischen Volksrepublik ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren stimmberechtigte Anteile zu mindestens 25 vom Hundert der erstgenannten Gesellschaft gehören. Von der Bemessungsgrundlage für die Steuern der Bundesrepublik Deutschland vom Vermögen werden ebenfalls Beteiligungen an Gesellschaften ausgenommen, wenn deren Dividenden nach dem vorstehenden Satz von der Steuerbemessungsgrundlage ausgenommen sind oder bei Zahlung auszunehmen wären.

alapján a Magyar Népköztársaságban adóztatható, a Németországi Szövetségi Köztársaság adója szempontjából az adóalapból kiveszik. A Németországi Szövetségi Köztársaság azonban az így kivett jövedelmet és vagyoni értéket a többi jövedelem és vagyon adótételének megállapításánál figyelembe veszi. Osztalékokra az első mondat csak akkor alkalmazható, ha azokat valamely a Németországi Szövetségi Köztársaságban illetőséggel bíró társaságnak a Magyar Népköztársaságban illetőséggel bíró olyan társaság fizeti, amelynek az elsőként említett társaságban a szavazatra jogosító érdekeltsége legalább 25 %-os. A Németországi Szövetségi Köztársaság vagyonadóinak adóalapjából ugyancsak kiveszik a társasági érdekeltségeket, ha azok osztalékait az előző mondat értelmében az adóalapból kiveszik vagy fizetés esetén kivennék.

b) Die Steuer, die nach dem Recht der Ungarischen Volksrepublik und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für

1. Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen,
2. Einkünfte im Sinne des Artikels 16,
3. Einkünfte im Sinne des Artikels 17

gezahlt wird, wird unter Beachtung der Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die von diesen Einkünften in der Bundesrepublik Deutschland erhobene Steuer angerechnet.

b) Azt az adót, amelyet a Magyar Népköztársaság joga alapján és az Egyezménnyel összhangban

1. az a) pont alá nem eső osztalékok,
2. a 16. cikk szerinti jövedelmek és
3. a 17. cikk szerinti jövedelmek

után fizetnek, a Németországi Szövetségi Köztársaság adójogának a külföldi adók beszámításáról szóló előírásai figyelembevételével beszámítják az ezekből a jövedelmekből a Németországi Szövetségi Köztársaságban beszedett adóba.

c) Buchstabe a ist für Gewinne, die einer in der Ungarischen Volksrepublik gelegenen Betriebstätte zugerechnet werden können, für Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen, das Betriebsvermögen einer solchen Betriebstätte darstellt, und für Dividenden, die von einer in der Ungarischen Volksrepublik ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, sowie für die in der Ungarischen Volksrepublik belegenen Vermögenswerte, aus denen diese Einkünfte erzielt werden, nur anzuwenden, wenn die Betriebstätte oder die Gesellschaft, an der die Beteiligung besteht, ihre Einnahmen ausschließlich oder fast ausschließlich aus folgenden innerhalb der Ungarischen Volksrepublik ausgeübten Tätigkeiten bezieht: Herstellung oder Verkauf von Gütern oder Waren, Dienstleistung oder Ausführung von Bank- oder Versicherungsgeschäften. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, ist Buchstabe b entsprechend anzuwenden. Bei der Besteuerung des Vermögens ist in diesem Fall die in Übereinstimmung mit dem Abkommen in der Ungarischen Volksrepublik erhobene Steuer nach Maßgabe der Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die in der Bundesrepublik Deutschland erhobene Steuer anzurechnen.

c) Az a) pont a Magyar Népköztársaságban fekvő telephelynek beszámítható nyereségre, az olyan vagyon elidegenítéséből származó nyereségre, amely egy ilyen telephely üzemi vagyona, és olyan osztalékra, amelyet a Magyar Népköztársaságban illetőséggel bíró társaság fizet, továbbá azokra a Magyar Népköztársaságban fekvő vagyoni értékekre, amelyekből ezeket a jövedelmeket elérik, csak akkor alkalmazható, ha a telephely vagy a társaság, amelyben az érdekeltség fennáll, jövedelmét kizárólag vagy csaknem kizárólag a Magyar Népköztársaságban kifejtett következő tevékenységekkel szerzi: javak vagy áruk előállítása vagy értékesítése, szolgáltatás vagy bank- vagy biztosítási ügyletek lebonyolítása. Amennyiben ezek a feltételek hiányoznak, a b) pont alkalmazandó megfelelő módon. Ebben az esetben a vagyon megadóztatásánál a Magyar Népköztársaságban az Egyezménnyel összhangban beszedett adó a Németországi Szövetségi Köztársaság adójogának a külföldi adók beszámításáról szóló előírásai értelmében beszámítandó a Németországi Szövetségi Köztársaságban beszedett adóba.

(2) Bei einer in der Ungarischen Volksrepublik ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist, werden die Einkünfte und die Vermögenswerte, die nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden dürfen, von der Bemessungsgrundlage für die Steuer der Ungarischen Volksrepublik ausgenommen. Die Ungarische Volksrepublik wird jedoch die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Ermittlung des Steuersatzes für die übrigen Einkünfte oder das übrige Vermögen berücksichtigen.

(2) A Magyar Népköztársaságban illetőséggel bíró személyeknél az adót a következőképpen állapítják meg:

a) Amennyiben nem a b) pontot kell alkalmazni, azt a jövedelmet és vagyoni értéket, amely az Egyezmény alapján a Németországi Szövetségi Köztársaságban adóztatható, a Magyar Népköztársaság adója szempontjából z adóalapból kiveszik. A Magyar Népköztársaság azonban az így kivett jövedelmet és vagyoni értéket a többi jövedelem és vagyon adótételének megállapításánál figyelembe veszi.

b) Die Steuer, die nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für Dividenden gezahlt wird, wird auf die von diesen Einkünften in der Ungarischen Volksrepublik erhobene Steuer angerechnet. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf diese Einkünfte entfällt.

b) Azt az adót, amelyet a Németországi Szövetségi Köztársaság joga alapján és az Egyezménnyel összhangban az ostzalékok után fizetnek, beszámítják az ezeből a jövedelmekből a Magyar Népköztársaságban beszedett adóba. A beszámítandó összeg azonban nem haladhatja meg a beszámítás előtt megállapított adónak azt a részét, amely ezekre a jövedelmekre esik.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Bei der Besteuerung werden die Vertragsstaaten nach den allgemein anerkannten Grundsätzen über die Gleichbehandlung verfahren.

(2) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten oder sonstiger persönlicher Umstände zu gewähren, die er den in seinem Gebiet ansässigen Personen gewährt.

(3) Die Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar, einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(4) In diesem Artikel bedeutet der Ausdruck „Besteuerung" Steuern jeder Art und Bezeichnung.

24. cikk

Egyenlő elbánás

(1) Az adóztatásnál a Szerződő Államok az egyenlő elbánás általánosan elismert alapelveinek megfelelően járnak el.

(2) Az egyik Szerződő Állam vállalkozásának a másik Szerződő Államban lévő telephelyét a másik államban nem lehet kedvezőtlenebbül adóztatni, mint a másik állam azonos tevékenységet folytató vállalkozását. Ez a rendelkezés nem értelmezhető akként, mintha az egyik Szerződő Államot arra kötelezné, hogy a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró személyeknek személyi állapot vagy családi terhek vagy egyéb személyes körülmények alapján olyan adómentes összegeket, adókedvezményeket és adómérsékléseket nyújtson, amelyeket a saját területén illetőséggel bíró személyeknek nyújt.

(3) Az egyik Szerződő Állam vállalkozása, amelynek tőkéje teljesen vagy részben, közvetlenül vagy közvetve a másik Szerződő Államban illetőséggel bíró egy vagy több személy tulajdonában vagy ellenőrzése alatt van, az elsőként említett államban nem vethető sem olyan adóztatás, sem pedig azzal összefüggő olyan kötelezettség alá, amely terhesebb, mint az az adóztatás és az azzal összefüggő kötelezettségek, amelyeknek az elsőként említett állam más hasonló vállalkozása alá van vagy alá lehet vetve.

(4) Az "adóztatás" kifejezés ebben a cikkben bármilyen fajtájú és megnevezésü adót jelent.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach innerstaatlichem Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in dem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Her-

25. cikk

Egyeztető eljárás

(1) Ha az egyik Szerződő Államban illetőséggel bíró személy véleménye szerint az egyik Szerződő Állam vagy mindkét Szerződő Állam intézkedései ránézve olyan adóztatáshoz vezettek vagy vezetnek, amely nem felel meg az Egyezménynek, úgy ezeknek az államoknak a belső joga szerinti jogorvoslat csorbítása nélköl ügyét előterjesztheti annak a Szerződő Államnak az illetékes hatóságához, amelyben illetőséggel bír.

(2) Ha az illetékes hatóság a kifogást jogosnak találja és maga nincs abban a helyzetben, hogy kielégítő megoldást találjon, úgy törekedni fog az ügyet a másik Szerződő Állam illetékes hatóságával egyetértésben úgy rendezni, hogy az Egyezménynek meg nem felelő adóztatás elkerülhető legyen.

(3) A Szerződő Államok illetékes hatóságai törekedni fognak a nehézségeket vagy kétségeket, amelyek az Egyezmény értelmezésénél vagy alkalmazásánál felmerülnek, kölcsönös egyetértéssel eloszlatni. Tanácskozhatnak közösen arról is, hogy miként lehet a kettős adóztatást olyan esetekben, amelyeket az Egyezmény nem tartalmaz, elkerülni.

(4) A Szerződő Államok illetékes hatóságai az előző bekezdések értelmében létrehozandó egyetértés elérése céljából egymással közvetlenül érintkezhetnek. Amennyiben szóbeli véleménycsere az egyetértés elérése

beiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

Artikel 26

Austausch von Informationen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden gegenseitig die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Informationen austauschen. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind geheimzuhalten und dürfen nur solchen Personen oder Behörden (einschließlich Gerichten und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offenlegen, es sei denn, daß der Vertragsstaat, der die Informationen gegeben hat, hiergegen Einwendungen erhoben hat.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen der Vertragsstaaten:

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen,

b) Angaben zu übermitteln, die nach den geltenden Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschaffbar sind,

c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 27

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

Artikel 28

Berlin-Klausel

Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

Artikel 29

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt zwei Monate nach dem Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten auf Steuerjahre anzuwenden, die nach dem 31. Dezember des Jahres beginnen, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

érdekében célszerünek látszik, úgy az liyen véleménycsere lefolytatható olyan bizottságban, amely a Szerződő Államok illetékes hatóságainak képviselőiből áll.

26. cikk

Kölcsönös tájékoztatás

(1) A Szerződő Államok illetékes hatóságai kicserélik az Egyezmény végrehajtásához szükséges tájékoztatásokat. Valamennyi információt, amelyet az egyik Szerződő Állam kapott titokban kell tartani és csak olyan személyeknek és hatóságoknak (beleértve a bíróságokat és az államigazgatási hatóságokat) lehet hozzáférhetővé tenni, amelyek az Egyezmény hatálya alá eső adók tekintetében a kivetéssel, a beszedéssel, a végrehajtással vagy a bünüldözéssel vagy a jogorvoslatra vonatkozó határozattal foglalkoznak. Ezek a személyek és hatóságok ezeket a tájékoztatásokat csak ilyen célokra használhatják fel. A tájékoztatásokat nyilvános bírósági eljárásban vagy bírósági, határozatban közzétehetik, kivéve, ha az a Szerződő Állam, amely a tájékoztatásokat adta, ez ellen kifogást emelt.

(2) Az (1) bekezdés semmi esetre sem értelmezhető úgy, mintha az a Szerződő Államok egyikét kötelezné:

a) olyan államigazgatási intézkedések hozatalára, amelyek ennek vagy a másik Szerződő Államnak a törvényeitől vagy államigazgatási gyakorlatákól eltérnek;

b) olyan adatok átadására, amelyek ennek vagy a másik Szerződő Államnak törvényei szerint vagy rendes igazgatási eljárásában nem szerezhetők be;

c) olyan tájékoztatás adására, amely kereskedelmi, ipari vagy foglalkozási titkot vagy üzleti eljárást adna ki, vagy amelynek a közlése ellentmondana a közrendnek.

27. cikk

Diplomáciai és konzuli képviseletek tagjai

Az Egyezmény nem érinti a diplomáciai vagy konzuli képviseletek tagjainak adózási kiváltságait, amelyek a nemzetközi jo általános szabályai szerint vagy külön megegyezések alapján őket megilletik.

28. cikk

Berlin-záradék

Az Egyezmény az 1971. szeptember 3-i Négyoldalú Megállapodásnak megfelelően, összhangban a megállapított eljárással (Nyugat) Berlinre is kiterjed.

29. cikk

Hatálybalépés

(1) Az Egyezményt meg kell erősíteni; a megerősítő okiratokat Bonnban mielőbb ki kell cserélni.

(2) Az Egyezmény két hónappal a megerősítésről szóló okiratok kicserélése után lép hatályba és mindkét Szerződő Államban azokra az adózási évekre alkalmazandó, amelyek annak az évnek december 31. napja után kezdődnek, amelyben a megerősítésről szólo okiratok kicserélése megtörtént.

Artikel 30

Außerkrafttreten

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren seit dem Jahr des Inkrafttretens das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen in beiden Vertragsstaaten auf Steuerjahre nicht mehr anzuwenden, die nach dem 31. Dezember des Jahres beginnen, zu dessen Ende die Kündigung erfolgt ist.

30. cikk

Hatályvesztés

Az Egyezmény határozatlan ideig marad hatályban, azonban a hatálybalépés évétől számított öt év elteltével mindegyik Szerződő Állam minden naptári év június 30-áig írásban diplomaciai úton felmondhatja az Egyezményt a másik Szerződő Államnál; ebben az esetben az Egyezmény a Szerződő Államokban már nem alkalmazandó azokra az adózási évekre, amelyek annak az évnek december 31. napja után kezdődnek, amelynek végére a felmondás történt.

GESCHEHEN zu Budapest am 18. Juli 1977 in zwei Urschriften, jede in deutscher und ungarischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

KÉSZÜLT Budapesten, 1977. július 18-án, két eredeti példányban, mindkettő német és magyar nyelven, mindkét szöveg egyaránt hiteles.

Für die Bundesrepublik Deutschland
A Németországi Szövetségi Köztársaság nevében
Herm. Kersting
Hans Apel

Für die Ungarische Volksrepublik
A Magyar Népköztársaság nevében
Faluvégi

Protokoll

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Ungarische Volksrepublik

HABEN anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen am 18. Juli 1977 in Budapest die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteile des Abkommens sind.

(1) Zu Artikel 7:

Einer Bauausführung oder Montage dürfen in dem Vertragsstaat, in dem sich die Betriebstätte befindet, nur solche Gewinne zugerechnet werden, die ein Ergebnis dieser Tätigkeiten selbst sind. Gewinne, die aus einer mit diesen Tätigkeiten im Zusammenhang stehenden oder davon unabhängig erfolgten Warenlieferung der Hauptbetriebstätte oder einer anderen Betriebstätte des Unternehmens oder einer dritten Person herrühren, sind der Bauausführung oder Montage nicht zuzurechnen.

(2) Zu Artikel 8:

Der Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr sowie der Betrieb von Schiffen, die der Binnenschiffahrt dienen, umfaßt auch die Unterhaltung von Agenturen für die Beförderung von Personen oder Waren, soweit die dort ausgeübten Tätigkeiten unmittelbar mit der Schiffahrt oder Luftfahrt einschließlich des Zubringerdienstes zusammenhängen.

(3) Zu Artikel 10:

a) Absatz 2 gilt auch für die Gebühr auf die Dividenden- und Gewinnauszahlungen der Handelsgesellschaften, die in der Ungarischen Volksrepublik erhoben wird;

b) der in Absatz 2 Buchstabe a genannte Steuersatz gilt auch für die Gewinnauszahlungen der ungarischen offenen Handelsgesellschaften, die wirtschaftliche Assoziationen mit ausländischer Beteiligung sind.

(4) Zu Artikel 23:

a) Beteiligungen an ungarischen offenen Handelsgesellschaften und daraus erzielte Einkünfte fallen unter Absatz 1 Buchstabe a Satz 1;

b) verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb der Ungarischen Volksrepublik zur Ausschüttung, so schließt Absatz 1 die Herstellung der „Ausschüttungsbelastung" nach den Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland nicht aus.

GESCHEHEN zu Budapest am 18. Juli 1977 in zwei Urschriften, jede in deutscher und ungarischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Jegyzőkönyv

A Németországi szövetségi Köztársaság

és

A Magyar Népköztársaság

a két állam között a jövedelem —, a hozadéki és a vagyonadók területén a kettős adóztatás elkerülését célzó egyezmény aláírása alkalmával 1977. július 18-án, Budapesten az alábbi, az egyezmény részét képező rendelkezésekben állapodtak meg:

(1) A 7. cikkhez:

Az építési kivitelezésnek vagy szerelésnek abban a Szerződő Államban, amelyben a telephely van, csak olyan nyereség tudható be, amely maguknak ezeknek a tevékenységeknek az eredménye. Az a nyereség, amely a fő telephely, a vállalkozás egy másik telephelye vagy egy harmadik személy ezekkel a tevékenységekkel összefüggő vagy ezektől független áruszállításaiból származik, az építési kivitelezésnek vagy szerelésnek nem tudható be.

(2) A 8. cikkhez:

A tengeri hajók és légijármüvek nemzetközi forgalomban való üzemeltetése, valamint a belvízi hajórásra szolgáló hajók üzemeltetése magában foglalja személyek vagy áruk szállítására ügynökség fenntartását is, amennyiben az ott kifejtett tevékenységek közvetlenül a ajózással vagy légiforgalommal függenek össze, beleértve a ki- és beszállítási szolgáltatást.

(3) A 10. cikkhez:

a) A (2) bekezdés érvényes a kereskedelmi társaságok osztalék-és nyereségkifizetései után a Magyar Népköztársaságban beszedett illetékre is;

b) A (2) bekezdés a) pontjában megjelölt adótétel érvényes azoknak a magyar közkereseti társaságoknak a nyereségkifizetéseire is, amelyek külföldi részvétellel müdökő gazdasági társulások.

(4) A 23. cikkhez:

a) A magyar közkereseti társaságban való érdekeltség és az abból elért jövedelem az (1) bekezdés a) pontja első mondata alá esik;

b) Amennyiben egy a Németorszígi Szövetségi Köztársaságban illetőséggel bíró társaság a Magyar Népköztársaságon belüli forrásból származó jövedelmet oszt fel, az (1) bekezdés nem zárja ki a Németországi Szövetségi Köztársaság adójogának előírásai szerinti "felosztási megterhelés" megvalósítását.

KÉSZÜLT Budapesten, 1977. július 18-án, két eredeti példányban, mindkettő német és magyar nyelven, mindkét szöveg egyarán hiteles.

Für die Bundesrepublik Deutschland
A Németországi Szövetségi Köztársaság nevében
Herm. Kersting
Hans Apel

Für die Ungarische Volksrepublik
A Magyar Népköztársaság nevében
Faluvégi

Denkschrift zum Abkommen

Durch das vorliegende Abkommen, das am 18. Juli 1977 in Budapest unterzeichnet worden ist, soll die vertragliche Absicherung der Steuerbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Staatshandelsländern weiter ausgebaut werden. Da mit Polen und Rumänien bereits Abkommen abgeschlossen sind, handelt es sich bei dem vorliegenden Abkommen um das dritte Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung mit einem Staatshandelsland. In Zukunft sind weitere Abkommen mit diesem Staatenkreis geplant.

Die bisher geschlossenen Abkommen mit Staatshandelsländern lehnen sich im wesentlichen an das OECD-Musterabkommen an. Das gilt auch für das vorliegende Abkommen mit Ungarn.

Nachdem bereits 1963 ein erstes Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ungarischen Volksrepublik geschlossen worden war, wurde 1974 ein Regierungsabkommen über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Auf der Grundlage dieses Abkommens und des vorangegangenen Abkommens haben sich die deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen lebhaft entwickelt. Die Bundesrepublik Deutschland ist mittlerweile der bedeutendste westliche Handelspartner und der viertwichtigste Handelspartner Ungarns überhaupt.

Zwischen Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland und der Ungarischen Volksrepublik bestehen zur Zeit mehr als 150 Kooperationsverträge. Dabei handelt es sich zumeist um rein schuldrechtliche Verträge, die lediglich die Vergabe von Lizenzen oder Know-how sowie Lieferungen zum Gegenstand haben, während deutsche Direktinvestitionen in Ungarn oder ungarische Direktinvestitionen in der Bundesrepublik noch keine große Bedeutung haben.

In seinem Mechanismus lehnt sich der Steuervertrag an die von der Bundesrepublik bereits mit anderen Staaten abgeschlossenen Abkommen an, d. h. soweit nicht dem Wohnsitzstaat das ausschließliche Besteuerungsrecht zusteht, wird die Doppelbesteuerung durch Freistellung oder durch Anrechnung vermieden. Zu erwähnen ist insbesondere die gänzliche Aufhebung der Quellenbesteuerung bei Zinsen und Lizenzgebühren. Diese Regelung dürfte die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten günstig beeinflussen.

Die einleitenden Bestimmungen der Artikel 1 bis 5 stecken den Geltungsbereich des Vertragswerks ab und enthalten die für die Anwendung des Abkommens wichtigen Definitionen. Die Artikel 6 bis 22 legen den Rahmen fest, innerhalb dessen der Quellen- bzw. Belegenheitsstaat Einkünfte und Vermögenswerte besteuern darf. Artikel 23 bestimmt, wie der Wohnsitzstaat bei den dem Quellen- bzw. Belegenheitsstaat zur Besteuerung überlassenen Einkünften und Vermögenswerten die Doppelbesteuerung vermeidet. Die abschließenden Artikel 24 bis 30 regeln den Schutz vor Diskriminierungen, die zur Durchführung des Abkommens notwendige Zusammenarbeit der Vertragsstaaten, das Inkrafttreten und Außerkrafttreten des Abkommens und andere Fragen.

Dem Abkommen ist ein Protokoll beigegeben, das dessen Bestandteil ist.

Zu den einzelnen Abkommensregelungen ist folgendes zu bemerken:

Zu Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Personenkreis, für den das Abkommen gilt.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel grenzt die Steuern ab, die unter das Abkommen fallen.

Zu Artikel 3

Absatz 1 definiert einige im Abkommen verwendete Begriffe.

Absatz 2 enthält die übliche Auslegungsregel, die auf das innerstaatliche Recht als subsidiäre Auslegungsquelle verweist.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel definiert den Begriff der in einem Vertragsstaat ansässigen Person, wonach sich die Abgrenzung der Besteuerungsrechte richtet. Grundsätzlich bestimmt sich die Ansässigkeit nach den Merkmalen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten. Bei Personen, die danach in beiden Vertragsstaaten ansässig sind, wird nach bestimmten Kriterien nur einer der Staaten für die Abkommensanwendung als Wohnsitzstaat behandelt.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel definiert den Begriff der Betriebstätte, der für die Besteuerung der gewerblichen Einkünfte (vgl. Artikel 7) maßgebend ist.

Zu Artikel 6

Dieser Artikel bestimmt, daß Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen in dem Staat besteuert werden können, in dem dieses Vermögen liegt.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Unternehmensgewinnen. Nach Absatz 1 darf ein Vertragsstaat die gewerblichen Einkünfte von Unternehmen des anderen Vertragsstaates entsprechend einem international allgemein anerkannten Prinzip nur insoweit besteuern, als der Gewinn durch eine in seinem Gebiet belegene Betriebstätte erzielt wird.

Die Absätze 2 bis 4 enthalten Bestimmungen über die Ermittlung und Zurechnung der Betriebstättengewinne. In Nummer 1 des Protokolls zum Abkommen ist ergänzend hierzu geregelt, daß bei Bauausführungen oder Montagen der Betriebstätte nur solche Gewinne zugerechnet werden können, deren Ergebnis diese Tätigkeiten selbst sind. Hiermit ist

insbesondere sichergestellt, daß bei sogenannten Montagebetriebstätten Liefergewinne nicht im Staat der Betriebstätte besteuert werden können.

Absatz 5 regelt das Verhältnis der Betriebstättenbesteuerung zu den Abkommensbestimmungen für andere Einkünfte.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel bestimmt, daß Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr oder Schiffen, die der Binnenschiffahrt dienen, abweichend vom Betriebstättenprinzip nur im Staat der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens besteuert werden dürfen. In Nummer 2 des Protokolls zum Abkommen ist klargestellt, daß zu den in den Absätzen 1 und 2 des Artikels genannten Einkünften auch Einkünfte aus der Unterhaltung von Agenturen für die Beförderung von Personen oder Waren zählen, soweit die dort ausgeübten Tätigkeiten unmittelbar mit der Schiffahrt oder Luftfahrt einschließlich des Zubringerdienstes zusammenhängen.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel stellt klar, daß das Abkommen der Korrektur von Gewinnverlagerungen zwischen verbundenen Unternehmen nicht entgegensteht.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Dividenden.

Der Artikel berücksichtigt bereits die nach dem Körperschaftsteuergesetz 1977 geänderte Rechtslage. Das gilt insbesondere für den Fall, daß eine ungarische Muttergesellschaft auf Grund einer wesentlichen Beteiligung Dividenden von einer deutschen Tochtergesellschaft bezieht. In diesem Falle beträgt die Quellensteuer in Abweichung von der allgemein üblichen bisherigen Praxis 15 v. H. des Bruttobetrags der Dividenden (Absatz 3).

Absatz 4 definiert den Begriff der Dividenden.

Die Absätze 5 und 6 enthalten ergänzende Bestimmungen.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung von Zinsen. Eine Quellensteuer auf diese Einkünfte kann nicht erhoben werden. Das Besteuerungsrecht steht somit ausschließlich dem Wohnsitzstaat zu.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Lizenzgebühren. Die Besteuerung ist entsprechend der Zinsbesteuerung in Artikel 11 geregelt.

Zu Artikel 13

Der Artikel regelt die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen. Der Wortlaut des Artikels entspricht der im OECD-Musterabkommen vorgeschlagenen Regelung über die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen. Die Besteuerung erfolgt hiernach im wesentlichen entsprechend der Besteuerung der Einkünfte.

Zu Artikel 14

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Einkünfte aus selbständiger Arbeit. Das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte wird dem Staat der Arbeitsausübung zugewiesen, wenn der Steuerpflichtige dort regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt.

Zu Artikel 15

Der Artikel regelt das Besteuerungsrecht für die wesentlichen Fälle von Einkünften aus unselbständiger Arbeit.

Absatz 1 stellt hierfür den Grundsatz auf, daß die Einkünfte in dem Vertragsstaat besteuert werden können, in dem die Tätigkeit ausgeübt wird.

Dieser Grundsatz wird in Absatz 2 bei Personen, die nur vorübergehend im Ausland tätig sind, eingeschränkt.

Absatz 3 trifft eine ergänzende Regelung für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Schiffes oder Luftfahrzeuges ausgeübt wird.

Zu Artikel 16

Nach diesem Artikel können Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen in dem Staat besteuert werden, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist.

Zu Artikel 17

Nach diesem Artikel können die Tätigkeitsvergütungen von Künstlern und Sportlern grundsätzlich in dem Staat besteuert werden, in dem sie tätig werden (Absatz 1).

Gleiches gilt für den Fall, daß die Darbietungen von einem Unternehmen erbracht werden (Absatz 2).

Absatz 3 schränkt die in den Absätzen 1 und 2 geschaffene Regelung insoweit ein, als die Auftritte der im Artikel angesprochenen Personen wesentlich aus öffentlichen Mitteln gefördert werden oder im Rahmen eines von den Vertragsstaaten vereinbarten Kulturaustausches erfolgen. In diesem Falle hat der Wohnsitzstaat das ausschließliche Besteuerungsrecht.

Zu Artikel 18

Nach diesem Artikel dürfen Arbeitsentgelte aus öffentlichen Kassen nur im Kassenstaat besteuert werden, und zwar auch dann, wenn die nichtselbständige Arbeit im anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz gilt für den Fall, daß es sich bei der in dem anderen Vertragsstaat tätigen Person um eine dort ständig ansässige Person handelt (Absatz 1).

Für Arbeitnehmer, die im Rahmen einer kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit der Öffentlichen Hand im anderen Vertragsstaat beschäftigt werden, gilt Absatz 1 nicht. Die Besteuerung erfolgt in diesem Fall entsprechend den in den anderen Artikeln des Abkommens genannten Grundsätzen (Absatz 2).

Zu Artikel 19

Dieser Artikel weist das ausschließliche Besteuerungsrecht für Ruhegehälter grundsätzlich dem

Wohnsitzstaat zu. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz gilt lediglich, wenn die Ruhegehälter aus öffentlichen Kassen gezahlt werden.

Zu Artikel 20

Die Bestimmungen dieses Artikels sollen den Austausch von Lehrkräften und der in Aus- oder Fortbildung stehenden Personen fördern. Zur Erreichung dieses Zieles werden gewisse Einkünfte der genannten Personen im Gaststaat von der Steuer befreit.

Zu Artikel 21

Einkünfte, die im Abkommen nicht ausdrücklich erwähnt sind, können nach diesem Artikel nur im Wohnsitzstaat besteuert werden.

Zu Artikel 22

Der Artikel regelt die Besteuerung des Vermögens.

Nach Absatz 4 kann das in den Absätzen 1 bis 3 nicht genannte Vermögen nur im Wohnsitzstaat besteuert werden.

In den Absätzen 1 und 2 ist festgelegt, daß unbewegliches Vermögen und das bewegliche Vermögen, das zu einer Betriebstätte oder einer zur Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung gehört, im Belegenheitsstaat besteuert werden können.

Absatz 3 legt fest, daß Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr und Schiffe, die der Binnenschiffahrt dienen, sowie das ihrem Betrieb dienende bewegliche Vermögen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden können, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Zu Artikel 23

Der Artikel regelt, wie der Wohnsitzstaat des Steuerpflichtigen die Doppelbesteuerung bei Einkünften und Vermögenswerten vermeidet, die nach dem Abkommen im Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuert werden können.

a) Absatz 1 bestimmt, wie die Bundesrepublik Deutschland die Doppelbesteuerung bei einer in ihrem Gebiet ansässigen Person vermeidet.

   Einkünfte aus der Ungarischen Volksrepublik und dort belegene Vermögenswerte werden entsprechend der ständigen deutschen Vertragspraxis gemäß Buchstabe a) grundsätzlich von der deutschen Steuer freigestellt (Freistellungsmethode). Die freigestellten Einkünfte werden aber bei der Festsetzung des Steuersatzes für das übrige, der deutschen Besteuerung weiterhin unterworfene Einkommen und Vermögen berücksichtigt (Progressionsvorbehalt). Die Freistellung erstreckt sich auch auf wesentliche Beteiligungen (Mindestbeteiligung 25 v. H.) deutscher Gesellschaften an ungarischen Gesellschaften sowie die daraus fließenden Dividenden (internationales Schachtelprivileg).

   Für Dividendeneinkünfte, für die nicht das internationale Schachtelprivileg gewährt wird, sowie für Aufsichtsrats- und Verwaltungsvergütungen und Einkünfte von Künstlern und Sportlern wird anstelle der Freistellung die ungarische Steuer auf die deutsche Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet (Anrechnungsmethode).

   Das gleiche gilt für Einkünfte und Vermögenswerte, für die nach Buchstabe a) die Freistellung vorgesehen ist, wenn den Einkünften keine produktiven Tätigkeiten zugrunde liegen (Buchstabe c).

b) Absatz 2 bestimmt, wie in der Ungarischen Volksrepublik die Doppelbesteuerung bei einer in ihrem Gebiet ansässigen Person vermieden wird.

   Grundsätzlich geschieht dies im Wege der Freistellung der aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Einkünfte von der auf diese Einkünfte entfallenden ungarischen Steuer. Das gleiche gilt für das diesen Einkünften zugrundeliegende Vermögen.

   Lediglich im Fall von Dividendeneinkünften wird die Doppelbesteuerung durch Anrechnung der hierauf entfallenden deutschen Steuer auf die entsprechende ungarische Steuer behoben.

Zu Artikel 24

Dieser Artikel soll steuerliche Diskriminierungen verhindern. Einbezogen in den Schutz vor Diskriminierungen sind Betriebstätten von Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat sowie Unternehmen eines Vertragsstaates, deren Kapital von Personen gehalten wird, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig sind.

Der Diskriminierungsschutz erstreckt sich auf alle Steuerarten.

Zu den Artikeln 25 und 26

Diese Artikel regeln die Zusammenarbeit zwischen der ungarischen und der deutschen Steuerverwaltung bei der Durchführung des Abkommens. Artikel 25 sieht ein sog. Verständigungsverfahren zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten vor. Artikel 26 sieht den Informationsaustausch zwischen den Behörden der Vertragsstaaten vor, soweit er zur Durchführung des Abkommens erforderlich ist.

Zu Artikel 27

Dieser Artikel regelt das Verhältnis des Abkommens zu den besonderen diplomatischen und konsularischen Vorrechten.

Zu Artikel 28

Dieser Artikel enthält die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 29

Dieser Artikel regelt die Ratifikation und das Inkrafttreten des Abkommens. Das Abkommen ist nach Absatz 2 des Artikels für die Steuerjahre anzuwenden, die dem Jahr des Austausches der Ratifikationsurkunden folgen.

Zu Artikel 30

Dieser Artikel regelt die Kündigung und das Außerkrafttreten des Abkommens.

Bn 812156 10.78